

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 46 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei J. Wey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Nr. 40.

Berlin, den 7. Oktober 1881.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ. für Zusendung v. Offerten unter Schiffe durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 16 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenk, NW. Stromstraße 48.

Achter Jahrgang.

Ein neues Bild der Altersversorgung der Arbeiter.

(Schluß.)

Herr Treiber fährt dann fort:

„Ein Beispiel für die Lebensfähigkeit der hier vorgeschlagenen Organisation bietet der seit langem bestehende allgemeine deutsche Buchdruckerverband. Jeder dem Verband angehörige Setzer oder Drucker zahlt periodisch seinen Beitrag in die Verbandskasse. Für den Fall einer Krankheit oder dauernder Erwerbsunfähigkeit erhält jedes Verbandsmitglied Reisenunterstützung, Krankengeld und Pension. Der Bergbau in den meisten Gegenden, ebenso der Verband der deutschen Bühnengehörigen hat eine ähnliche Organisation. Es ist also in der Praxis bereits nachgewiesen, daß solche Verbände seither außerordentlich viel zu leisten vermöchten. Wären solche Verbände obligatorisch, müßten also alle Setzer und Buchdrucker, müßten namentlich alle Prinzipale diesem Verband beitreten, so könnte er noch weit Großartigeres leisten, selbst ohne Beitrag des Staates.“

Es lassen sich nun freilich Fälle denken, in welchen die einzelnen Verbände mit ihren Kassen nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen genügen können, z. B. in einer Industriekrise. In solchen Fällen müßte allerdings der Staat eintreten, der eine Art Rückversicherungsanstalt sämtlicher Reichsverbände werden müßte. Je länger aber die einzelnen Verbände bestehen, desto größer werden die Reservenfonds derselben und desto kleiner das Risiko des Staates. Wenn also auch für den Anfang das Reich eine große Summe in Bereitschaft halten oder mit einer solchen die Reservenfonds der einzelnen Verbandskassen dotieren müßte, so wäre das bei Weitem nicht so gefährlich, als Manche vielleicht glauben. Das Tabaksmonopol soll jährlich 160 Millionen ertragen; fünf solche Jahreserträge als Dotation für sämtliche Verbandskassen würden sicherlich mehr als genügen, um alle Staatszuschüsse auf ein Jahrhundert hinein entbehrlich zu machen. Eventuell könnte das Reich sich eine successive Rückzahlung eines großen Theils dieser Summe vorbehalten.“

Auf die letztere Berechnung wollen wir für heute nicht eingehen, nur beiläufig so viel bemerken, daß wir den Ertrag des Tabaksmonopols im allergünstigsten Falle und auch das erst nach 10 pCt. der nach dem „Gewerksverein“ jährlich aufzubringenden Prämienhöhe betrugen würde, daher immer sehr fraglich bliebe, ob dies auch nur als Reservenfond ausreichte bei einer eben auch

die wirtschaftlich allerschwächsten Klassen umfassenden Regierungsanstalt.

Was aber ist der Kern des ganzen Treiber-Bismard'schen Planes? Eine Organisation der Arbeiterwelt, wie sie längst von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite nicht bloß vorgeschlagen, sondern thatsächlich angebahnt ist. Denn was ist der Grundgedanke der Gewerksvereine, der sozialdemokratischen Gewerkschaften anders als eine solche nationale (nicht örtliche) Organisation der gleichen Berufsclassen, die Anerkennung ihrer Solidarität? Führt doch Herr Treiber selbst den Buchdruckerverband als Beispiel an, dem er aber ebenso gut den Verband der deutschen Gewerksvereine, die durch das Ausnahmegesetz zerstörte sozialdemokratische Gewerkschaft der Zigarrenarbeiter und so manche andere hätte anreihen können. Nur besteht der tiefgreifende Unterschied, daß alle diese Organisationen von unten auf gebaut haben und auf dem freien Entschluß ihrer Mitglieder beruhen. Warum hat sich denn der Staat bisher theils feindlich, theils kühl bis an's Herz hinan gegen diese Organisationen verhalten und wer war es anders als die Liberalen, die sich bemüht haben, freie Bahn und Anerkennung für solche Organisationen zu erschließen? Schulze-Delitzsch hat nach langen Mühen das Genossenschaftsgesetz durchgesetzt, auf dem eine große Zahl genossenschaftlicher Arbeiterorganisationen der verschiedensten politischen Parteirichtungen ins Leben getreten sind; weitergehend wollte er unter gewissen Bedingungen allen Vereinen korporative Rechte verschaffen; der Widerstand, den er von Seiten der Regierung und der konservativen Seite des Reichstages fand, hat ihn davon absehen lassen, diesen Entwurf wieder einzubringen. Die Gewerksvereine haben sich vom Augenblick ihres Entstehens an um korporative Anerkennung des Staates für ihre Klassen bemüht, dabei sogar in Bezug auf die Versicherungsbedingungen direkte Staatsaufsicht begehrend, und vom Reiche zu dem Ende die Errichtung eines eigenen Amtes verlangt, das eine sorgsame Statistik des Versicherungswesens pflegen sollte. Der ärmliche Brocken, der ihnen nach langer Arbeit hingeworfen wurde, ist das Hilfskassengesetz, das nur ihren Krankenkassen eine korporative Anerkennung sichert.

Warum aber bisher die feindselige Haltung gegen derartige Organisationen? Weil man die Macht, die damit dem Arbeiterstande erwuchs, fürchtete, weil man wohl erkannte, daß derartige selbstständige Organisationen dem Arbeiter auch die Möglichkeit geben, bei der Feststellung der Arbeitsbedingungen ein entscheidendes

des Wort mitzusprechen und selbst seinen politischen Einfluss mehr als bisher geltend zu machen.

Für die Arbeiter entsteht daher nun die Frage, und darum handelt es sich in dem bevorstehenden Wahlkampfe, ob sie festhalten wollen an einer Organisation der Freiheit von unten herauf, die ihnen die Möglichkeit gewährt, fortschreitend eine Verbesserung ihrer augenblicklichen Lage durch bessere Lohnbedingungen zu erzielen, oder aber, ob sie ihre Freiheit um ein Vinsengericht verkaufen wollen: Aussicht auf Staatspension am Schlusse ihres Lebens, aber während des Lebens selbst Einschränkung nach allen Seiten, Beschränkung der Freizügigkeit, der Eheschließung, der Möglichkeit der Arbeitseinstellung u. s. w.; denn dies Alles würde sich als Konsequenz aus der Staatsversicherungsanstalt ergeben. Die Entscheidung kann den einsichtsvollen Arbeitern nicht schwer fallen.

B.-Ztg.

Der „Sprechsaal“ bringt in seiner Nr. 39 folgendes:

Zur Klarstellung!*)

In Folge Auflösung des Ortsvereins Oberkassel vom Generalrath des Gewerksvereins der Porzellan- und verw. Arbeiter in Berlin erklären sich die früheren Mitglieder des obengenannten Ortsvereins über den Grund der Auflösung wie folgt:

Im April a. c. traten dem hiesigen Ortsvereine 23 neue Mitglieder bei, worauf sich unser Kassirer Walter zu einem in Düsseldorf wohnenden Arzt begab, und mit diesem wegen der Untersuchung der neu hinzugekommenen Mitglieder Rücksprache nahm. Der Arzt bestimmte die Zeit, zu welcher er diese 23 neuen Mitglieder, in einem Lokale in Oberkassel, für den Preis von 75 Pf. pro Mann, untersuchen wolle. Dieses geschah. Nun hatte Walter bei der damaligen Fabrikdirektion erwirkt, daß den untersuchten Mitgliedern das Untersuchungsgeld an dem der Untersuchung folgenden Zahlungstage abgezogen und ihm (dem Walter) zur Ueberlieferung an den Arzt ausgehändigt würde. Beides geschah bezüglich fast Aller, welche ärztlich untersucht worden waren. Nach Verlauf von ungefähr 10 Wochen kam eines Tages der betreffende Arzt in die Fabrik, um sich die Untersuchungsgelder im Betrage von 17,25 M. zu holen, welche ihm damals so rasch und pünktlich überliefert werden sollten. Demzufolge stellte unser Vorsitzender, Herr Rinner, den Kassirer Walter zur Rede, ob er die Untersuchungsgelder schon abgeliefert habe, worauf Letzterer erwiderte: dies sei schon längst geschehen. Als ihm nun der Vorsitzende von dem Erscheinen des Arztes und von dessen Forderung Mittheilung machte, entschuldigte sich Walter damit, er sei schon oft in Düsseldorf gewesen, um den Arzt zu bezahlen, habe denselben jedoch niemals antreffen können. Daß dieses jedoch keine gültige Entschuldigung war, bewies ihm der Vorsitzende dadurch, daß der Arzt seine bestimmten Sprechstunden hat. Schließlich, als sich Walter nicht mehr zu helfen wußte, machte er die Ausrede, er habe von einem Mitgliede das Untersuchungsgeld noch nicht bekommen. Das war ebenfalls gelogen, denn 3 Wochen zuvor, ehe der Arzt seine Forderung geltend machte, hatte das von Walter bezeichnete Mitglied sein Untersuchungsgeld in einer Ortsversammlung an Walter selbst bezahlt. Weiter konnte sich Walter nicht vertheidigen, und unsere Vermuthung, daß das Untersuchungsgeld, sowie noch andere Vereinsgelder unterschlagen seien, bestätigte sich nur zu bald. Nach Verlauf von 14 Tagen brachte Walter dem Arzt 15 M., mit dem Bemerkten, mehr habe er nicht, mit dem Uebrigen müsse der Arzt noch warten. Am Tage nach dem Erscheinen des Arztes in der Fabrik berief nun der Vorsitzende sofort eine außerordentliche Ortsversammlung, in welcher beschlossen wurde, die Sache unverzüglich an den Generalrath zu berichten, bei Walter eine Revision der Kasse und Bücher vorzunehmen und ihm beides zu entziehen. Walter wurde seines Kassireramtes entsetzt und beim Generalrath der gänzliche Ausschluß Walters aus dem Gewerksverein beantragt. Mit der Revision wurde der Revisor und der Schriftführer beauftragt. Dieselben begaben sich an dem dazu bestimmten Tage Vormittags 10 Uhr nach Walter's Wohnung, um ihren Auftrag zu vollführen, jedoch Walter war nicht zu Hause (oder wollte nicht zu Hause sein). Als dieselben bis zwölf Uhr gewartet hatten, verließen sie Walter's Wohnung wieder, gaben jedoch bei seiner Hauswirthin einen Brief ab, in welchem sie Walter bekannt machten, daß sie Nachmittags 3 Uhr wieder zu einer Revision erscheinen würden. Zur bestimmten Zeit fan-

den sich die Revisoren wieder ein und erhielten durch Walter's Hauswirthin die briefliche Antwort, er (Walter) werde sich niemals einer Revision unterziehen. Walter schickte nun seine Bücher an den Generalrath, jedoch nach den uns von Hrn. Georg Leuz gemachten Mittheilungen ohne Kasse. Während dieser Angelegenheit erhielten wir vom Generalrath mehrere Briefe, welche sämmtlich den Walter vertheidigten, und sich in vielen Theilen wesentlich widersprechen. In einem dieser Briefe fordert uns der Generalrath auf, unsere Beitragsbücher zu einer Revision zu den von Walter eingesandten Büchern nach Berlin zu schicken, wozu wir uns jedoch nicht verstanden, im Gegentheil verlangten, daß uns der Generalrath die von Walter eingesandten Bücher so und in dem Zustande, wie diese von Letzterem eingeschickt worden sind, zu einer Revision zustelle, indem die erste Revision uns zukomme. Wir erhielten aber nicht die gewünschten Bücher, sondern durch die „Ameise“ vom 2. September unsere Auflösung und die Ueberweisung nach Moabit.

Wir erlauben uns nun, indem wir die Sache hiermit veröffentlichen, die Frage an sämmtliche Mitglieder unseres Gewerksvereins, ob dem Generalrath das Recht zusteht, unseren Ortsverein aufzulösen, indem derselbe gegenwärtig noch aus 8 Mitgliedern besteht? Unsere Auflösung erfolgte lediglich deshalb, weil wir unserm Kassirer Walter so entschieden entgegengetreten sind, und ihn in seinen Schwindeleien und Betrügereien nicht unterstützt haben, wie dies die Mitglieder des Generalrathes bei ihrem intim freundschaftlichen Verhältnisse zu Walter, durch die uns vom Generalrath zugegangenen Briefe, ferner durch die Annahme der von Walter eingesandten Bücher, sowie überhaupt durch ihre ganze Handlungsweise in dieser Angelegenheit, thun zu wollen scheinen.

Die Entscheidung überlassen wir dem großen Ganzen, auch sind wir zu ausführlichen Berichten in einzelnen Punkten gerne bereit.

Es zeichnen mit kollegialischem Grusse die Mitglieder des Ortsvereins der Porzellan- und verwandten Arbeiter zu Oberkassel, Düsseldorf bei Düsseldorf, am 10. September 1881.

Adolf Binger. Johann Seidel. Julius Mann. Bruno Rinner. Otto Feuerstein. Carl Edströmmed. Gustav Guthmann. Wilhelm Buchmann.

Wir haben darauf, unter dem 1. d. M. der Redaktion des „Sprechsaal“ folgende Berichtigung zugesandt:

Berichtigung!

Die Nr. 39 des „Sprechsaal“ vom 29. Septbr. d. J. enthält einen „Zur Klarstellung“ überschriebenen Artikel aus Oberkassel, welcher Vorgänge innerhalb des Gewerksvereins der Porzellan- etc. Arbeiter bespricht, dabei jedoch mehrfach Unrichtigkeiten bezw. Unwahrheiten enthält, zu deren Richtigstellung die folgenden Angaben an dieser Stelle Platz finden mögen:

Was zunächst den Eingang des Artikels mehrfach genannten früheren Kassirer Walter anbelangt, so ist zu bemerken, daß derselbe bei dem Vorgange, gelegentlich dessen er sich nach Angabe der Mitglieder in Oberkassel einer Unterschlagung ärztlicher Untersuchungsgelder schuldig gemacht haben soll, den betr. Mitgliedern lediglich als private Vertrauensperson gegenübergestanden hat, da das Einkassieren ärztlicher Untersuchungsgelder durchaus nicht zu den amtlichen Obliegenheiten W's. gehörte.

Weiter bemerke ich Folgendes:

Es ist un wahr, daß die Oberkasseler Mitglieder, speziell der Schriftführer Feuerstein, vom Generalrath mehrere Briefe erhielten, „welche sämmtlich den Walter vertheidigten.“ In keinem dieser Briefe wird W. auch nur mit einem Worte vertheidigt, oder seine Handlungsweise beschönigt, (wie dies ja die betr. Briefe selbst ausweisen müssen) vielmehr wurde den Maßnahmen der Oberkasseler Mitglieder nach eingegangenen Bericht zugestimmt, und der Generalrath und Vorstand nahm aus dem stattgehabten und hierher berichteten Vorgange Veranlassung, den Kassirer Walter unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung zur sofortigen Einsendung der Kassenbestände des Ortsvereins und der örtl. Verwaltungsstelle unserer Krankenkasse (eingeschr. Hilfskasse) aufzufordern, womit gleichzeitig die Absetzung W's. von seinem Amte als Kassirer ausgesprochen war. — Beweis für die hier gemachten Angaben das Protokoll der 23. ord. Generalrathssitzung vom 30. Juli 1881, Nr. 32 der „Ameise“.

Es ist ferner un wahr, wenn die Unterzeichner des Artikels sagen: „Unsere Auflösung“ (soll heißen die Auflösung des

Seitens der Redaktion der „Ameise“, Organ des Gewerksvereins der Porzellan- und verwandten Arbeiter, wurde die Aufnahme des vorstehenden Artikels verweigert. Die Redaktion des Sprechsaals.

Ortsvereins und der örtl. Verwaltungsstelle Oberkassel) „erfolgte lediglich deshalb, weil wir unserem Kassirer Walter so entschieden entgegengetreten sind und ihn in seinen Schwindereien und Betrügereien nicht unterstützt haben.“ Die Auflösung des Vereins und die Ueberweisung der Mitglieder an Moabit geschah vielmehr zunächst deshalb, weil der fortgesetzt anmaßende und inkollegiale Ton und die fortgesetzten Drohungen in den Briefen des Schriftführers Feuerstein einen weiteren beiderseitigen schriftlichen Verkehr, wie dieser beim Fortbestehen des Vereins notwendig gewesen wäre, unmöglich machten; sodann aber und hauptsächlich erfolgte die Auflösung deshalb, weil die Mitglieder der Aufforderung des Generalraths und Vorstandes, behufs Regelung der Klassenverhältnisse in D. ihre Quittungsbücher auf kurze Zeit an die Hauptstelle einzusenden, nachzukommen beharrlich verweigerten, also gegen eine berechnete und in ihrem eigenen Interesse ergriffene Maßnahme des Generalraths und Vorstandes sich ablehnten. Dabei sei noch bemerkt, daß nach Einreichung der Bücher und Regelung der Verhältnisse in Oberkassel der Generalrath und Vorstand mit dem Weiterbestehen bezw. der Wiederaufrichtung des Ortsvereins etc. einverstanden gewesen wäre. — Beweis für diese Angaben das Protokoll der 24. ord. Generalrathssitzung vom 27. August d. J., Nr. 36 der „Ameise“.

Was die verleumderische Verdächtigung anbetrifft, welche im Zusammenhang mit dem ihnen vorangehenden Satze durch die Worte: „wie dies die Mitglieder des Generalraths bei ihrem intim freundschaftlichen Verhältnisse zu Walter . . . thun zu wollen scheinen“ gegen die Generalraths- und Vorstandemitglieder ausgesprochen wird, so verzichten die Angegriffenen darauf, an dieser Stelle darüber auch nur ein Wort zu verlieren.

Auf weitere Punkte des Artikels einzugehen, lohnt sich der nebensächlichen Bedeutung derselben halber nicht; es sei deshalb nur noch bezüglich der dem Artikel beigelegten redaktionellen Notiz bemerkt, daß der Artikel nicht, wie es danach den Anschein haben könnte, uns, sondern der Redaktion des Sprechsaal, welche uns die Aufnahme offerirte, seitens der Verfasser zur Veröffentlichung zugesandt worden ist und daß die Aufnahme desselben in unser Vereinsorgan, „Die Ameise“, schon um deshalb verweigert werden mußte, weil die durch eine Maßnahme des Vorstandes oder Generalraths sich benachtheiligt glaubenden Mitglieder zunächst das Recht und die Pflicht haben, sich beschwerdeführend an die in unseren Statuten vorgesehenen Instanzen zu wenden, was hier nicht geschehen war, und hat Unterzeichneter in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Ameise“ diesen Grund zur Nichtaufnahme auch der Redaktion des Sprechsaal brieflich angegeben.

Berlin, den 1. Oktober 1881.

Für den Generalrath des Gewerkevereins der Porzellan- etc. Arbeiter und Vorstand der Kranken- und Begräbniskasse (eingeschr. Hilfskasse).

Georg Lenz, Hauptschriftführer, Berlin NW., Stromstraße 48.

Vereins-Nachrichten.

§ Moabit. Ortsversammlung vom 19. September 1881. Dieselbe wird vom Vorsitzenden Hrn. Fette um 8 1/2 Uhr in Anwesenheit von 25 Mitgliedern eröffnet. Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Protokolls wird in die Tagesordnung eingetreten. Dieses ist folgende: 1. Kenntnissnahme von den hauptsächlichsten letzten Verhandlungsbeschlüssen auf Grund des eingesandten Protokolls und Diskussion, 2. Besprechung über das 10jährige Stiftungsfest hiesigen Ortsvereins, 3. Verschiedenes, 4. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Zu Punkt 1 erhält zunächst das Wort Hr. Münchow. Nachdem derselbe betont, daß es seiner Meinung nach wohl gestattet sei, ebenso wie im öffentlichen, so auch im Vereinsleben Beschlüsse einer gegebenen Besörde einer sachlichen Besprechung resp. Kritik zu unterziehen, begehrt, beschränkt Redner seine Ausführungen hauptsächlich auf die im Raumburger Schriftstück enthaltenen Punkte. Er (Münchow) halte den von den sagten Zirkularen für einen berechtigten; nach Abweisung durch die Redaktion des „Gewerkevereins“ konnten die Betreffenden keinen andern Weg wählen, auf dem sie anderen Verbandsmitgliedern ihre Meinung kund geben konnten. Redner geht nun den 1. Punkt des Schriftstückes für einen nur Invalidentassenmitgliedern angehenden und glaubt, daß, um eine Regelung dieses Punktes zu erzielen, nur diese sich darüber zu verständigen haben. Er wendet sich daher gleich zum 2. Punkt des Zirkulars und legt dar, aus welchen Ursachen derselbe entstanden. Demnach ist die Erhöhung der Reisepesen des Hrn. Münchow auf Anregung des Centralraths erfolgt. Grund hierfür war, daß bei einer Agitationsreise der Anwalt durch unumgängliche Verhältnisse gezwungen erwachsen und, da er dieselben nicht tragen wollte, so liquidirte er diese dem Centralrath. Um nun derartige unvorhergesehene Vorkommnisse zu vermeiden, sagte man im Centralrath: Wenn der Anwalt als Repräsentant unserer De-

ganisation mit den ihm bisher bewilligten Reisekosten nicht auskommt, so möge er einen Antrag auf Erhöhung derselben stellen; es ist uns dies lieber, als daß wir diese für beide Theile unangenehmen Nachschauungen gutheißer sollen. Dieses die Gründe des Antrages. So sehr er (Münchow) nun auch die Repräsentation des Verbandes durch den Anwalt anerkennt und ebenso auch die gesellschaftliche Stellung desselben zu würdigen weiß, so kann er sich mit dem in dieser Beziehung gefassten Beschlusse des Verbandstages doch nicht einverstanden erklären. Vielmehr ist Münchow der Ansicht, daß man es ruhig bei dem bestehenden Diätenlage für den Anwalt hätte lassen und in Ausnahmefällen lieber derartige kleine Summen nachbewilligen sollen, als die schon ohnehin schwach besetzten Klassen durch eine solche Erhöhung dauernd zu belasten. Derselbe Ansicht vertritt er auch bei dem 3. Punkt, betreffs der Erhöhung des Redakteurgehältes. In einer Zeit, wie die jetzige, wo überall in untern Kreisen, sowie auch in Beamtenkreisen, die Löhne resp. Gehälter gekürzt werden, halte er es im vorliegenden Falle, selbst wenn die Berechtigung dazu vorhanden ist, nicht für gerechtfertigt, mit einer solchen Erhöhung vor den Verbandsstag zu treten, schon deshalb nicht, weil alle Anträge dieser Kategorie auf Verminderung der Beamtengehälter hinausgingen. Er selbst kann sich daher auch in diesem Punkte mit den Unterzeichnern der Zirkulars nicht einverstanden erklären. Schließlich erwähnt Münchow noch die Erklärung von 70% der alten Schulden des Gewerkevereins der Bergarbeiter und findet diese Schenkung in Rücksicht auf andere Gewerkevereine, die vielleicht unter ebenso erschwerenden Verhältnissen ihre Steuer aufzubringen haben, dieselben aber nicht wie die Bergarbeiter in so leichter Weise verbürgen, für nicht gerecht. Es spricht nunmehr Hr. Bey, und giebt derselbe seine Ansicht über benannten Punkt in entgegengelegter Weise kund. Betreffs des ersten Punktes, die Invalidentassen angehend, theilt er die Ansicht des Hrn. Münchow, beruht aber gleichzeitig, daß er mit Verachtung dieser Anschauung bei den übrigen Verbandsbeamten stets auf Widerstand gestoßen sei. Den zweiten Punkt betreffend, führt Hr. Bey ungefähr Folgendes aus. Es ist hierbei besonders hervorzuheben, daß der Anwalt, wohl schon um die bei einem Theil der Mitglieder bestehende irrige Ansicht, daß er (der Anwalt) sich um Agitationsreisen bewerbe, zu Schanden zu machen, sich stets soweit als zugänglich von derartigen Reisen enthält. Ist es nun aber unbedingt notwendig, daß der Anwalt solche Reisen zum Heile und zur Förderung der ganzen Organisation unternimmt, wo er als Repräsentant, als Kopf der ganzen Vereinigung sich nicht, wie mancher Andere, der sich auf einer Agitationsreise befindet, Einschränkungen auferlegen kann, ohne dadurch unsere sehr schon achtsamerweise Stellung nach Außen zu beeinträchtigen, so wird doch wohl kein unerer Mitglieder verlangen, daß derselbe unvorhergesehene Ausgaben aus seiner eigenen Tasche decken soll. Es scheint Manchem so, als sei ein Diätenstag von 10 oder jetzt 12 Mk. für den Anwalt ein hoher, aber wer erst einmal auf Agitationsreisen war, wird das Gelehenheit wissen; er selbst könne an der Hand der Thatfachen dies behaupten. Es stehen die Fälle, wo Reisende unserer Organisation bei größter Sparsamkeit und bei bereitwilligem Entgegenkommen seitens der auswärtigen Mitglieder noch Geld aus ihrer Tasche draufzahlen müssen, nicht vereinzelt da, und könne er (Redner) aus allerfrühesten Zeit mit Beispielen aufwarten. Im übrigen kann er (Bey) sich nur mit der Form der Regelung dieser Angelegenheit einverstanden erklären, denn dieselbe beahnde die Klassen nicht mehr als die von Münchow vorgeschlagene und ist überhaupt für beide Theile die richtigere. Den dritten Punkt betreffend, so hat sich wohl der Antragsteller auf den Standpunkt der Gewerkevereine selbst gestellt, die fast für ihre Mitglieder für Aufbesserung der Löhne bei zu schlechter oder vielmehr zu gering bezahlter Arbeit etc. in erster Linie eintreten. Hat nun der Antragsteller die Ansicht gehabt, daß ihm seine Thätigkeit zu gering (quantitativ sowie qualitativ) gelohnt wird, und in Folge dessen der Antrag gestellt, so lag es nunmehr nur an der bewilligenden Behörde, demselben Folge zu geben oder nicht. Dieses ist nunmehr geschehen, weil man die Berechtigung der Begründet anerkannte. Wenn man sich weiter die Stellungen anderer Redakteurs und die zwei- bis dreifachen höheren Befoldungen derselben im Vergleich zu der unseres Redakteurs ansieht, wenn man ferner erwägt, daß demselben schon derartige Stellen angeboten sind, er dieselben aber aus Agitation und Interesse zu der von ihm vertretenen Sache zurückgewiesen hat, so findet man darin wieder einen berechtigten Grund für diese Forderung, und schon deshalb, weil unserer Redakteur auf sozial-politischem Gebiete als ein gelehrter Mann gilt, und darum für uns nicht so leicht zu erregen ist. Im übrigen beruht sich Bey auch auf Lenz II, der ebenfalls wohl wissen wird, wie schwer es unter Umständen ist, ein Blatt zu dirigieren, und selbst wenn es das Meiste in Bewirken. Bezüglich der Erlassung der Prozente an den Gewerkeverein der Bergarbeiter theilt Bey die Ansicht des Vortragenden. Er beistimmen sich nun an der weiteren Debatte noch die Herren Fette, Grünert, Lenz I im Sinne Münchows, und zu wiederholten Malen Redner und ebenso Bey und Lenz II. Bey erklärt noch auf eine Aeußerung der Hrn. Fette und Grünert, wonach der Centralrath die Verleumdung der Hrn. als unserer unwürdig bezeichnet hätte, es sei dieses ein Irrthum, und verweist zwecklos auf die im Organ darüber enthaltenen Stellen. Nach erledigter Diskussion und nachdem das Zirkular nochmals verlesen, ist folgende Resolution eingebracht worden: Die heutige Ortsversammlung des Ortsvereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter zu Moabit erklärt sich nach stattgefundenem einmündiger Diskussion mit den Unterzeichnern des Raumburger Schriftstückes voll und ganz einverstanden. Auch sie erachtet in der Weigerung der Aufnahme des Zirkulars in das Organ eine Beeinträchtigung des allen Mitgliedern zustehenden Rechtes, ihre Meinung auf öffentlichem Wege zur Kenntniss Anderer zu bringen. Sie erklärt sich ferner ebenfalls für die im Passus I des Schriftstückes erhobenen Bedenken, und giebt ebenso den des Hrn. Anwalts, sowie gegen die Erhöhung des Redakteurgehältes ihre volle Zustimmung. — Lenz II beantragt, diese Resolution getheilt zur Abstimmung zu bringen. Nachdem noch mehrmals zur Geschäftsordnung gesprochen, kommt Antrag Lenz zur Abstimmung, und wird derselbe abgelehnt, die Resolution hingegen in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 4 Stimmen angenommen. Einige Mitglieder hatten sich während der Debatte entfernt. Damit ist Punkt I erledigt. Zu Punkt 2 beantragt Lenz III, der vorgernähten Zeit wegen und da derselbe voraussichtlich auf eine längere Diskussion erheischt, Punkt 2 bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Der Antrag wird an-

Rechnungs-Abschluss der Generalrathskasse pro 3. Quartal 1881.

Einnahme.	M.	pf.
An Vortrag	79	15
Prozentsendungen	711	11
Zinsen	42	75
Kassenbestand Oberkassell	17	85
Bildungsfond do.	2	53
Vorschuss von Dollmann	100	00
Geigent	10	00
	963	39
Gesamt-Vermögen der Generalrathskasse.		
1900 Mk. Berl. Pfdbf. 4 1/2% Cours 103,50	1966	50
300 Mk. Berl. Pfdbf. 4% Cours 100,40	301	20
Kassenbestand	313	65
	2581	35

Ausgabe.	M.	pf.
Der Gehalt des Hauptschriftführers.		135 00
Porto		16 99
Bureaubedarf		7 75
Entschädigung für Generalraths-Sitzungen.		9 50
Entschädigung für Centralraths-Sitzungen		7 00
Entschädigung für Revision der Kasse		2 70
Diäten		9 00
Rechtsanwalts-Gebühren		13 00
Drucksachen (Verbandstag-Protokoll)		20 00
Abonnement für 206 Exemplare des Gewerk-Vereins pro 3. Quartal 1881	123	60
300 Mark 4% Berl. Pfandbriefe 101,40 u. Zinsen	305	20
	649	74
Saldo	313	65
	963	39

Ortsvereine 36
Mitgliederzahl 1124
Kassenbestand der Ortskassen M. 1986,90
Revidirt und für richtig befunden Berlin, den 3. Oktober 1881.
A. Münchow, C. Duve, F. Fette, J. Koch.

Berlin, den 1. Oktober 1881.
J. Bey, Hauptkassirer.

* Rechnungs-Abschluss der Organkasse pro 3. Quartal 1881.

Einnahme.	M.	pf.
An Vortrag	342	30
Beiträge der Mitglieder à 30 Pf.	166	35
Beitrag der Ortsvereinskassen pro Exmpl. 15 Pf.	23	12
Privatabonnements	82	10
Porto für Verendung des Gewerkvereins pro 3. Quart. 1881.	140	28
Inserate, Protokolle und Bekanntmachungen pro 2. Quart. 1881.	704	15
	1704	02
Saldo	743	17

Ausgabe.	M.	pf.
Der Saldo.		23 58
Honorar des Redakteurs		93 00
Zeitungsabonnement		7 00
Druckkosten des Organs		500 75
Expeditionsporto		107 74
Korrespondenporto		2 95
Postmaterial		8 15
	743	17

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 3. Oktober 1881.
C. Duve, A. Münchow, F. Fette, J. Koch.

Berlin, den 1. Oktober 1881.
J. Bey, Hauptkassirer.

genommen. Zu Punkt 3 beantragt Hr. Grunert, für sämtliche Mitglieder je ein Exemplar Verbandstagsprotokoll anzuschaffen, und die Mittel dazu dem Bildungsfond zu entnehmen. Lenk II spricht sich als Bibliothekar dagegen aus, da laut statistischem Material im vorigen Jahre nicht eins der vorhandenen Protokolle gelesen worden; ebenso Bey, der noch erklärt, daß in Folge der getroffenen Maßregel seitens des Verbandstages nur die unbedingt notwendige Zahl der Exemplare bestellt worden sind, diese aber bereits ziemlich alle verhandt worden, und er deshalb nicht glaube, daß bei Annahme des Antrages die nöthige Zahl herbeigeschafft werden könne. Im Uebrigen stehen den Mitgliedern circa 6 Protokolle zur Verfügung; dieselben befinden sich in Händen hiesiger Mitglieder. In gleichem Sinne spricht sich Hr. Fette aus. Antrag Grunert wird alsdann abgelehnt. Zu Punkt 4 liegt nichts vor, deshalb Schluss. — Die Versammlung der Pfälzkasse wird formell eröffnet und da die Punkte der Tagesordnung zu keiner Erwähnung Anlaß geben, wieder vom stellvert. Vorsitzenden Hrn. Grunert um 11 1/4 Uhr geschlossen.

G. Lenk III, Schriftführer.

§ Aktwaßer. (Verspätet eingelangt). Protokoll der Ortsversammlung vom 20. August 1881. Der Vorsitzende Herr Förster eröffnet die Versammlung um 8 1/2 Uhr. Anwesend sind 53 Mitglieder. Vorsitzender theilt der Versammlung mit, daß wegen Ausbleibens des Schriftführers es an der Mitgliederliste und Protokoll fehlt. Letzterer ließ sich entschuldigen, hatte aber keine Bücher in Ordnung gebracht, demzufolge es Vorsitzender der Versammlung anheim stellt, einen Beschluß darüber zu fassen, ob eine Neuwahl stattfinden soll. Nach kurzer Debatte beschließt die Versammlung die Neuwahl eines Schriftführers und wird dies zum 2. Punkt der Tagesordnung festgestellt. Die Tagesordnung ist nun folgende: 1. Geschäftliches. 2. Neuwahl eines Schriftführers. 3. Anträge und Beschwerden. Unter Geschäftlichem theilt Vorsitzender der Versammlung mit, daß vom Verein der Fabrik- und Handarbeiter zu Dittersbach an hiesigen Verein eine Einladung zu dessen 1. Stiftungsfest ergangen sei und fordert die Mitglieder zur regen Theilnahme auf. Dann ersucht Vorsitzender die Versammlung, dem früheren Schriftführer Herrn Großer für seine jahrelange Mithandlung durch Erheben von den Plagen Dank abzutragen. Bei Punkt 2 ersucht Vorsitzender die Versammlung, geeignete Vorschläge für die Neuwahl eines Schriftführers zu machen. Vorge schlagen wurden die Herren Krüger, Schmidt und Pusch. Krüger wird mit 15 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an. Da in Hrn. Krüger der frühere Stellvertreter zum Schriftführer gewählt, ist die Neuwahl eines Stellvertreters erforderlich, und werden hierzu die Herren Puschel, Bergmann, Joseph Leder, und Robert Weiß vorgeschlagen, im ersten Wahlgang wurde keine Majorität erzielt, worauf bei der Stichwahl Herr Bergmann 41 Stimmen erhielt und somit gewählt war, sich auch erklärte, die Wahl anzunehmen. Zu Punkt 3 liegt nichts vor und schließt Vorsitzender die Versammlung um 9 1/4 Uhr.

Mitglieder-Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle.
Der Vorsitzende Herr Förster eröffnet die Versammlung um 9 1/4 Uhr. An-

wesend sind 53 Mitglieder. Es fehlt die Mitgliederliste wie Protokoll wegen Nichterscheins des Schriftführers. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Neuwahl eines Schriftführers ev. Vorschläge für denselben. 3. Beschwerden und Beschwerten. Unter Geschäftlichem theilt Vorsitzender der Versammlung mit, daß dem Mitgliede Guldenkirch in der 22. ordentlichen Vorstandssitzung der Krankenkasse am 30. Juli 1881, wegen doppelten Verstoßes (Verstoß gegen § 14a des Statuts und Zuwiderhandeln gegen die ärztlichen Anordnungen) das Krankengeld vom 5. Juni ab entzogen worden sei. Bei Punkt 2 werden die Herren Krüger und Bergmann durch Akklamation gewählt und sollen genannte Herren dem Haupt-Vorstande empfohlen werden. Zu Punkt 3 liegt nichts vor und schließt Vorsitzender die Versammlung um 10 1/4 Uhr.

Hermann Krüger, Schriftführer.

Versammlungskalender.

- * **Moabit. Generalraths-Sitzung am Sonnabend**, den 8. Oktober 1881, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstraße 48. T.D.: 1. Zuschriften, 2. Rechtschutzgesuch, 3. Besprechung wegen der Extranterritorialität, 4. Besprechung wegen des Organs, 5. Kassenbericht pro September, pro 3. Quartal und Bericht der Revisoren, 6. Ausnahme und Ausschluß von Mitgliedern. — **Alsdann Vorstandssitzung.** Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Kassenbericht pro September, pro 3. Quartal und Bericht des Ausschusses, 3. Ausnahme und Ausschluß von Mitgliedern.
Gustav Lenk, Vorsitzender. J. Bey, Hauptkassirer. Georg Lenk, Hauptschriftführer.
- * **Oberhausen. Ortsversammlung Montag**, den 10. Oktober 1881, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: Punkt 1, Vereinsangelegenheiten. Punkt 2, Besprechung über die Angelegenheit des Oberkasseler Ortsvereins. Punkt 3, Zahlung der Beiträge und Einfassung der Aneignungsgelder. Punkt 4, Aufnahme neuer Mitglieder. Punkt 5, Verschiedenes. Hierauf Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle mit derselben Tagesordnung. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
Josef Klieber, Schriftführer.
- * **Moabit. Ausschusssitzung am Montag**, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstr. 48.
G. Lenk III, Schriftführer.

Briefkasten der Redaktion.

Raummangels halber „Feuilleton“ und den Artikel „Das Verhlingswesen“ etc. zurückgestellt.

Zur Beachtung!

Empfehlenswerthe Schriften für die Ortsvereine, zu beziehen durch das Verhandlungsbureau, S. Alie Jakobstraße 64.
Das Arbeitsverhältniß gemäß dem heutigen Recht, von Dujo Brentano, 4.50 M.
Berantwortlich für die Redaktion Georg Lenk. Druck und Verlag von G. P. O. Denke, Berlin N.W., Alt-Moabit 53.